



# **NIEDERSCHRIFT**

**über die 28. Sitzung des Stadtrates**

**der Stadt Landau in der Pfalz**

**am Dienstag, 05.06.2012,**

**im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal**

Beginn: 17:03

Ende: 19:33



Anwesenheitsliste

SPD

Sonja Baum-Baur

Franco Casella

Dott. Francesca Chillemi Jungmann

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf

Prof. Peter Leiner

Günter Scharhag

Michael Scheid

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

CDU

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burckhardt

Jürgen Doll

ab 17.25 Uhr TOP 2 ö.S.

Rudi Eichhorn

Peter Heuberger

Andreas Hott

Theo Kautzmann

Wolfgang Kern

Peter Lerch

Rolf Morio

Wilhelm Prokop



Sandro Zandonella

Bündnis 90/Die Grünen

Marianne Brunner

Alexander Ellinghaus

Dietrich Herdel

Susanne Schröer

FWG

Wolfgang Freiermuth

Wolfgang Gauer

Hans Volkhardt

FDP

Martin Heupel

Otto Pfaffmann

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing

UBFL

Bertram Marquardt

Dr. Gertraud Migl

Magdalena Schwarzmüller

Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer

Bürgermeister

Thomas Hirsch



Beigeordnete

Rudi Klemm

Maria Helene Schlösser

Berichterstatter

Christine Baumstark

(Hauptamt)

Bernhard Eck

(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)

Stefan Joritz

(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)

Christoph Kamplade

(Stadtbauamt)

Martin Messemer

(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Matthias Schmauder

(Landesgartenschau GmbH)

Aydin Tas

(Vorsitzender Beirat Migration und Integration)

Dr. Thomas Waßmuth

(Vorstand Energie Südwest AG)

Sonstige

Joachim Arbogast

(Ortsvorsteher Mörlheim)

Rudolf Boesche

(Ortsvorsteher Wollmesheim)

Michael Niedermeier

(Leiter Pressestelle)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

SPD

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Kurt Ludwig

Natascha Walz



CDU

Dorothea Müller

FWG

Dr. Peter Leydecker



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende bat darum, die Tagesordnung um den Punkt: „Neubesetzung von Ausschüssen; Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes in den Verwaltungsrat der Sparkasse Südliche Weinstraße“ als neuen Punkt 4 der öffentlichen Sitzung zu ergänzen.

**Der Stadtrat stimmte der Ergänzung der Tagesordnung einstimmig zu.**

Damit bestand folgende Tagesordnung:

### **Tagesordnung**

#### **Öffentliche Sitzung**

1. Einwohnerfragestunde
2. Bericht des Vorstandes der Energie Südwest AG, Herrn Dr. Thomas Waßmuth
3. Bericht des Vorsitzenden des Beirats für Migration und Integration, Herrn Aydin Tas
4. Neubesetzung von Ausschüssen; Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes in den Verwaltungsrat der Sparkasse Südliche Weinstraße  
Vorlage: 101/150/2012
5. Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung  
Vorlage: 200/079/2012
6. Erhebung von Vorausleistungen auf die Ausgleichsbeträge bzw. Ablösung der Ausgleichsbeträge gem. § 154 BauGB für den Bereich des Sanierungsgebietes "Altstadt Landau-Südwest" der Stadt Landau in der Pfalz  
Vorlage: 600/054/2012
7. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme "Konversion Landau Süd", Entwicklung der Fläche Nr. 26a (südlich Siebenpfeiffer-Allee); Weitere Verfahrensweise  
Vorlage: 610/168/2012
8. Vereinbarung zur Aufgabenübertragung an den VRN  
Vorlage: 660/042/2012
9. Neubau einer Radfahrer- und Fußgängerbrücke über die Gleisanlagen zwischen dem "Gewerbepark Am Messengelände" und dem "Wohnpark Am Ebenberg" (Brücke Ost)  
Vorlage: 860/144/2012
10. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)**

**Einwohnerfragestunde**

Es waren keine Einwohner anwesend.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

### Bericht des Vorstandes der Energie Südwest AG, Herrn Dr. Thomas Waßmuth

Der Vorsitzende begrüßte den Vorstand der Energie Südwest AG, Herrn Dr. Waßmuth.

Herr Dr. Waßmuth berichtete von einem guten Jahr für die Energie Südwest AG. Im Ergebnis habe man Erlöse nach Steuern in Höhe von 2,11 Millionen Euro erzielt. Einer der Schwerpunkte 2011 sei die regenerative Energie gewesen. So habe sich die ESW an 2 Windparks, in der Eifel und in Wremen, mit einer Investitionssumme von 7,3 Millionen Euro beteiligt. Ein zweiter Punkt seien die Konzessionsverträge gewesen. Hier konnte der Konzessionsvertrag mit der Stadt Landau erneuert werden. Zudem habe man Konzessionen in Offenbach beim Strombereich und in Annweiler für den Gasbereich gewonnen.

Für 2012 bilde die Gründung der Energie Südpfalz den Schwerpunkt der Arbeit. Hier sei bereits eine Absichtserklärung unterzeichnet worden. Ziel sei es, erneuerbare Energien in der Südpfalz realisieren zu können. Man wolle die führende Größe im Bereich der erneuerbaren Energien in der Südpfalz werden. Gespräche mit einem führenden rheinland-pfälzischen Unternehmen im Bereich der Windkraft- und Photovoltaiktechnik als Partner seien auf gutem Wege. Der nächste Schritt sei dann die Gründung von Projektgesellschaften, mit denen vor Ort Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien verwirklicht werden könnten.

Konkret bereits gesichert habe man sich die Beteiligung an einem Windpark im Hunsrück. Bis 30. Juni werde auch die Photovoltaikanlage in Dammheim realisiert werden. Zudem werde in den nächsten Tagen der Windmessmast auf dem Taubensuhl errichtet, um verlässliche Daten für Windkraftanlagen zu erhalten. Grundsätzlich sei der Standort Taubensuhl sehr interessant. Die Windräder würden mehr als 4 Kilometer vom Haardtrand weg stehen und seien so nicht sichtbar. Auch die Lärmbelästigung würde sich in Grenzen halten.

Momentan habe man eine jährliche Stromproduktion aus regenerativen Energien von 37 %. Er gehe davon aus, dass man das Ziel 100 % schon deutlich vor 2020 erreichen werde.

Bei der Geothermie sei man dabei, ein weiteres Gutachten zu beauftragen. Wenn man zu einem guten Ergebnis komme und das Land und der Bund tatsächlich sich finanziell beteiligen, dann werde man noch vor der Landesgartenschau eine dritte Bohrung haben.

Im Bereich der Wassersparte stehe als größeres Projekt die Erneuerung des Wasserbehälters in Arzheim an. Vom Zeitplan seien drei Bauabschnitte bis März 2014 geplant.

Ein Wermutstropfen sei die von der Landesregierung geplante Einführung eines Wasserzents von 6 ct pro m<sup>3</sup> entnommenem Wasser. Dies bedeute, dass ab Januar 2013 voraussichtlich eine weitere Preiserhöhung erforderlich werde.

Ratsmitglied Dr. Kopf betonte, dass die Berichterstattung von Herrn Dr. Waßmuth im Stadtrat eine sehr wichtige Funktion erfülle. Wichtig bei der Gründung der Energie Südwest sei es gewesen, dass Geschäftsfelder ausgebaut und neue Geschäftsfelder aufgebaut werden. Der SPD sei es wichtig, dass gerade im Bereich der erneuerbaren Energien neue Akzente gesetzt werden. Es werde tatkräftig Schritt für Schritt am Unternehmenserfolg gearbeitet. Im Bezug auf die Gründung der Energie Südpfalz bitte er um Erläuterung zu den strategischen Vorteilen und zu der Wertschöpfung vor Ort.

Herr Dr. Waßmuth erklärte, dass die Wertschöpfung vor Ort natürlich wichtig sei. Bei der Konstruktion, die man wählen wolle, sei es das Ziel mit einem Partner gemeinschaftlich aufzutreten. Eine Wertschöpfung ergebe sich durch kommunale Beteiligung an der Eigentümerstruktur.

Ratsmitglied Kautzmann dankte für die umfassende Darstellung. Die Energie Südwest habe Frieden mit der Region geschlossen, dies sei nicht immer so gewesen. Wichtig sei die Erschließung neuer Geschäftsfelder, da die Erträge aus den bisherigen Geschäftsfeldern für die vielfältigen Aufgaben der Stadtholding künftig nicht ausreichen würden. Er habe auch die Hoffnung die Geothermie in den Griff zu bekommen. Man habe als Stadt Landau schon ein hohes Risiko mit der Geothermie auf sich genommen.



Ratsmitglied Schröer sprach die allgemeine Diskussion zu der Frage an, welche Gesellschaftsformen bei erneuerbaren Energien sinnvoll seien. Sie würde gerne wissen, welche Gesellschaftsform und welches Konzept bei der Energie Südpfalz angedacht seien. Auf der planerischen Ebene interessiere sie, welche Risiken er angesichts der bestehenden Verträge bei der Windkraft sehe.

Herr Dr. Waßmuth teilte mit, dass die Energie Südpfalz als Gesellschaftsstruktur eine GmbH & Co.KG werde. Dies sei die geeignetste Variante. Bei den Investitionen zur Windkraft sei das Risiko überschaubar. Bei der Energiewende gebe es aus seiner Sicht nur eine Lösung und das sei die regionale Lösung vor Ort. Der Aufbau der Energiewende sei der erste Schritt, der zweite sei, dass der Einstieg in die Speicherung von erneuerbarer Energie gelinge.

Ratsmitglied Volkhardt erklärte, dass für die FWG-Stadtratsfraktion insbesondere der Einsatz von Windkraft von Bedeutung sei. Hier gehe es um die Beteiligung an Windparks, aber auch um die Frage, ob der Einsatz von Windrädern hier in der Region ökologisch und ökonomisch sinnvoll sei. Die FWG halte Windräder für einen sehr wichtigen Baustein im Zuge der Energiewende. Für Landau ein sehr wichtiges Thema sei die Geothermie. Hier sitze man auf einem sehr schmalen Grad. Die Entscheidung über die Fortführung der Geothermie werde Auswirkungen weit über Landau hinaus haben. Letztlich gehe es auch immer um die wirtschaftliche Situation der ESW. Stadt und Stadtholding hängen letztlich am Tropf der Energie Südwest. Die Energie Südwest sei ein starker Partner und habe sich bewährt.

Ratsmitglied Silbernagel bezeichnete die Energie Südwest als ein innovatives Unternehmen, deren Mannschaft vor Energie sprühe. Gerade im Hinblick auf erneuerbare Energien müsse man neue Wege gehen. Die FDP sei sehr aufgeschlossen für neue Technologien. Hier sei die Geothermie aus Sicht der FDP-Stadtratsfraktion ein Pluspunkt, auch wenn sie derzeit auf wackligen Beinen stehe. Ein ganz wichtiges Thema für die Zukunft sei die Speicherung der Energie.

Ratsmitglied Dr. Migl wollte wissen, wie die Personalsituation der Energie Südwest aussehe und ob es Pläne gebe hinsichtlich von Outsourcing. Weiter bitte sie um Darlegung der finanziellen Situation durch die Geothermie und zur Erdbebengefahr. Schließlich interessiere sie, wie es mit der Kapazität der Stromnetze in der Region aussehe und welche Schwierigkeiten es hier gebe.

Bürgermeister Hirsch entgegnete, dass der Betriebsrat sehr zufrieden mit der Situation bei der Energie Südwest sei.

Herr Dr. Waßmuth ergänzte, dass neue Projekte auch immer Arbeitsplätze sichern. Im ersten Halbjahr 2012 seien bisher 7 neue Mitarbeiter eingestellt worden. Bei der Geothermie sei man in sehr engem Dialog mit der Bürgerinitiative. Man habe gemeinschaftlich beschlossen, dass man ein gerichtliches Beweissicherungsverfahren starte. Dies habe sich jetzt extrem lange gezogen. Das Thema Stromnetzkapazität sei derzeit in aller Munde. Es gebe hier gegenläufige Ansätze, zum einen die regionale Energieerzeugung und zum anderen den Transport durch große Stromtrassen. In den nächsten Jahren würden sich die Rahmenparameter ständig verändern, daher müsse man flexibel bleiben.

Ratsmitglied Prokop wollte wissen, wie sich der Wassercost von 6 Cent in Landau summiere.

Herr Dr. Waßmuth erklärte, dass es bei 3 Millionen Kubikmeter gefördertem Wasser um 180.000 Euro gehe.

Ratsmitglied Freiermuth wollte wissen, ob in 2013 auch im Bereich der Photovoltaik Investitionen geplant seien.

Herr Dr. Waßmuth entgegnete, dass im Moment die Frage der Förderung als auch die Entwicklung der Marktpreise für Module nicht geklärt seien. Daher seien derzeit keinerlei Projekte geplant.



### **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)**

#### **Bericht des Vorsitzenden des Beirats für Migration und Integration, Herrn Aydin Tas**

Der Vorsitzende begrüßte den Vorsitzenden des Beirats für Migration und Integration, Herrn Aydin Tas.

Herr Tas gab den Tätigkeitsbericht des Beirats zur Hälfte der Wahlperiode ab. Für eine erfolgreiche Arbeit sei die Vernetzung und Kooperation sehr wichtig, dies ermögliche Synergieeffekte. In Landau sei man Ansprechpartner für viele Migrantenorganisationen und der Beirat habe sich in der Integrationsarbeit etabliert. Der Beirat habe den Dialog mit vielen Verantwortlichen gesucht, der Stadtspitze und den Fraktionen. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn alle Fraktionen dem Wunsch des Beirates nach Dialog nachgekommen wären.

Eine der Hauptaufgaben sei die Planung und Durchführung der Wochen der Kulturen gewesen. Diese seien mittlerweile eine Tradition in Landau, die immer mehr Zuspruch finde. Das Programm sei bunt, vielfältig und für viele ansprechend.

Zu den Rechten von Migrantinnen und Migranten gehöre auch die politische Teilhabe. Hierzu zähle auch die Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Dies seien wichtige Themen der politischen Arbeit des Beirats gewesen. Demokratie lebe von der Mitgestaltung und der Teilhabe. In diesem Sinne habe der Beirat die Resolution zum Kommunalen Wahlrecht vorgelegt, die der Stadtrat beschlossen habe. Integrationspolitik sei der Abbau von Barrieren und Diskriminierung. Hand in Hand müsse der Rassismus bekämpft werden. Gemeinsam mit der Stadt begehe man aktiv die Wochen gegen Rassismus.

Besonders hervorheben wolle er den Integrationsfilm „Alles Landauer – Integration ist unsere Stärke“. Der Film solle Mut machen und sensibilisieren, die Vielfalt als Chance wahrzunehmen. Natürlich gebe es Probleme in der Gesellschaft und natürlich gebe es auch Konflikte in Landau. Dies liege in der Natur der Sache. Trotzdem sollte es Ziel sein, die positiven Beispiele hervorzuheben. Dies sei die Motivation zu diesem Film gewesen.

Damit der Beirat als Brückenbauer wirken könne, müsse er gestärkt werden.

Der Integrationsplan der Stadt Landau sei ein gutes Mittel um gesteckte Ziele zu erreichen. Auch hier habe der Beirat sich sehr eingebracht und den Plan von Anfang an aktiv begleitet. Entscheidungen, die der Stadtrat im Zuge der Umsetzung des Integrationsplans treffen müsse, werden Entscheidungen für die Zukunft Landaus sein.

Insgesamt ziehe er eine positive Bilanz der ersten Hälfte der Amtszeit. Er danke der Verwaltung, der Stadtspitze und dem Stadtrat für die Unterstützung.

Der Vorsitzende bedankte sich für den Bericht und betonte, dass sich die Arbeit des Beirates sehen lassen könne. Insgesamt laufe es mit der Integration der Menschen in unserer Stadt gut. Hierzu trage auch die gute wirtschaftliche Situation Landaus bei. Eine gute Wirtschaftspolitik sei letztlich auch eine gute Integrationspolitik.

Ratsmitglied Vogler sprach Herrn Tas und dem Beirat für die SPD-Stadtratsfraktion Anerkennung für die geleistete Arbeit aus. Der Beirat für Migration und Integration besetzt politische Themen und zeige damit Flagge. Zudem sei er das Bindeglied zum Stadtrat und der Verwaltung.

Ratsmitglied Berger dankte für den ausführlichen Bericht. Vieles lese sich gut, sei aber mit Arbeit verbunden. Es sei bei so vielen unterschiedlichen Kulturen nicht einfach, den Vorsitz zu führen.

Ratsmitglied Schröer war der Meinung, dass der Beirat wichtige und reichhaltige Impulse gesetzt habe. Landau sei ein Stück bunter und vielfältiger geworden. Um die Qualität der Arbeit zu verbessern, sei eine bessere finanzielle Ausstattung des Beirates erforderlich. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion unterstütze dieses Anliegen des Beirates. Man werde sich im Haushalt dafür einsetzen. Sie teile auch die Auffassung, dass es in Landau viel zu wenig bezahlbaren Wohnraum gebe. Dies sei ein brisantes Thema, dem sich der Stadtrat endlich annehmen müsse.



Ratsmitglied Gauer hatte zwar Verständnis für den Wunsch nach besserer finanzieller Ausstattung. Man müsse aber auch die Haushaltslage der Stadt bedenken. Die wenigen Mittel könnten auch eine Chance sein, das ehrenamtliche Engagement zu kultivieren. Es gelte die vorhandenen Spielräume zu nutzen.

Ratsmitglied Silbernagel bedankte sich für die FDP-Stadtratsfraktion für den umfangreichen Bericht. Der Beitrag für Migration und Integration leiste einen lebhaften und wahrnehmbaren Beitrag in der Landauer Bevölkerung.

Ratsmitglied Dr. Migl lobte die Courage des Beirates, sich über die kulturelle Arbeit hinaus politisch zu engagieren. Die Probleme bei der Unterbringung von Asylbewerbern und die Wohnungssituation seien so gravierend, dass man dies zu einem Schwerpunkt der Politik machen müsse. Migranten würden auch in Landau bei der Wohnungssuche diskriminiert.

Herr Tas betonte, dass man auch weiterhin Themen ansprechen werde. Es sei sein Anliegen, Themen sachlich zu besprechen und zu diskutieren. Er kenne die städtische Haushaltslage, dennoch müsse man über die Ausstattung des Beirates nochmals reden. Es gehe ihm darum, Lösungen zu finden wie man die Arbeit des Beirates durch eine bessere Ausstattung weiter verbessern könne.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)**

**Neubesetzung von Ausschüssen; Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes in den Verwaltungsrat der Sparkasse Südliche Weinstraße**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 5. Juni 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Stadtrat schlägt dem Verwaltungsrat der Sparkasse Frau Heidi Berger, Im Vogelsang 94 b, 76829 Landau in der Pfalz zur Wahl als stellvertretendes Mitglied in den Verwaltungsrat der Sparkasse Südliche Weinstraße vor.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

**Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung vom 22. Mai 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**der Annahme nachfolgender Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen an die Stadt Landau sowie von der Sparkassenstiftung an Dritte, über die der Oberbürgermeister entscheidet oder dem Stiftungskuratorium einen Verwendungsvorschlag unterbreitet, zuzustimmen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)**

**Erhebung von Vorausleistungen auf die Ausgleichsbeträge bzw. Ablösung der Ausgleichsbeträge gem. § 154 BauGB für den Bereich des Sanierungsgebietes "Altstadt Landau-Südwest" der Stadt Landau in der Pfalz**

*Ratsmitglied Hott war gemäß § 22 GemO befangen und nahm an der Beratung und Abstimmung des Tagesordnungspunktes nicht teil.*

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 2. Mai 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Das Stadtbauamt wird beauftragt für den Bereich des Sanierungsgebietes „Altstadt Landau-Südwest“ (Ursprungsgebiet und Erweiterungsgebiet) Vorausleistungen auf die zu erhebenden Ausgleichsbeträge zu erheben.**
- 2. Die Ablösung des Ausgleichsbetrags für den Bereich des Sanierungsgebietes „Altstadt Landau-Südwest“ (Ursprungsgebiet und Erweiterungsgebiet) wird zugelassen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)**

**Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme "Konversion Landau Süd", Entwicklung der Fläche Nr. 26a (südlich Siebenpfeiffer-Allee); Weitere Verfahrensweise**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 10. Mai 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron erklärte, dass dies ein wichtiger Baustein bei der Entwicklung des Areals des künftigen Wohnparks Am Ebenberg sei. Es handle sich hier um ein wichtiges soziales Projekt und ein gutes Signal, dass sich ganz Landau im künftigen Wohngebiet abbilden werde. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Burckhardt begrüßte für die CDU-Stadtratsfraktion ebenfalls die vorliegende Sitzungsvorlage. Sie fragte, wie groß der geplante Kirchengarten werden solle.

Herr Schmauder entgegnete, dass die Größe des Kirchengartens noch nicht definiert sei. Es sei aber sehr zu begrüßen, dass die Kirchen hier einen Beitrag leisten wollten. Die temporäre Fläche bei der Landesgartenschau werde kostenfrei zur Verfügung gestellt.

Ratsmitglied Volkhardt stimmte für die FWG-Stadtratsfraktion ebenfalls der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Silbernagel erklärte, dass die FDP-Stadtratsfraktion das Engagement der beiden Kirchen begrüße und der Sitzungsvorlage ebenfalls zustimme.

Ratsmitglied Marquardt sah hier keine breite Aufstellung bei den Investoren. Aber natürlich sei man einverstanden, dass auch andere Investoren wie hier die Kirchen zum Zuge kommen. Die UBFL-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Der Umsetzung des Projekts Wohnbebauung kombiniert mit Wohngruppen für behinderte Menschen sowie Einbindung der evangelischen Kirche auf der Fläche 26a wird zugestimmt.**
- 2. Hierfür wird bis zum 31.12.2012 die Fläche für „PWD Privater Wirtschaftsdienst Ralf Pfeiffer“ (PWD) reserviert und keinen weiteren Investoren angeboten.**
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem potenziellen Projektinvestor „PWD Privater Wirtschaftsdienst Ralf Pfeiffer“ aus Speyer in konkrete Verhandlungen über die Entwicklung und den Verkauf des Grundstücks einzusteigen. Der Einbindung von weiteren, alternativen Investoren im Bedarfsfall wird zugestimmt.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)**

**Vereinbarung zur Aufgabenübertragung an den VRN**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 25. April 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**den am 15.09.2009 geschlossenen Vertrag aufzuheben und ersetzt diesen durch den Vertrag zur Aufgabenübertragung und Finanzierung der Vergabestelle beim VRN.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

### **Neubau einer Radfahrer- und Fußgängerbrücke über die Gleisanlagen zwischen dem "Gewerbepark Am Messegelände" und dem "Wohnpark Am Ebenberg" (Brücke Ost)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs vom 16. Mai 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Diese Vorlage hätte er dem Rat gerne erspart. Der ursprüngliche Entwurf sei vertretbar gewesen, dies habe er auch gegenüber dem Rechnungshof so vertreten. Man brauche die Brücke, dies sei unbestritten. Ansonsten müsste man während der Landesgartenschau einen Shuttle-Verkehr einrichten, der mehrere 100.000 Euro kosten würde. Eine Diskussion mit dem Rechnungshof nütze nichts, man müsse rechtzeitig bauen. Selbst wenn man möglicherweise eine Einigung mit dem Rechnungshof erreicht hätte, laufe die Zeit davon.

Herr Eck ergänzte, dass die Vorwürfe des Rechnungshofes so nicht stehen bleiben könnten. Man habe im Wettbewerb zwei Gewinner gehabt. Die Verwaltung sei nach wie vor der Meinung, dass ein Holztragwerk wirtschaftlich vertretbar und erhaltbar gewesen wäre. Die Zustimmung des Ministeriums lag vor unter der Prämisse, dass der Rechnungshof zustimme. Der Rechnungshof habe sich an das Regelwerk gehalten und keine andere Meinung zugelassen.

Er stellte mittels einer Präsentation das neue Brückenbauwerk vor. Um den zeitlichen Rahmen bis zur Landesgartenschau einhalten zu können, werde man einen vorzeitigen Baubeginn beantragen. Dieser werde auch genehmigt werden, so dass man über 3 Monate an Zeit einspare.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron erklärte, dass von Beginn an klar gewesen sei, dass das Projekt Landesgartenschau eine riesige Herausforderung sei. Das was man jetzt erlebe, sei allerdings eine neue Dimension. Es sei nicht grundsätzlich zu kritisieren, wenn der Landesrechnungshof seinen gesetzlichen Aufgaben nachkomme. Allerdings fordere man vom Rechnungshof eine faire und konstruktive Zusammenarbeit. Dafür müsse der Rechnungshof auch den Gesamtzusammenhang in die Prüfungen einbeziehen. Dies bedeute dann, dass Projekte rechtzeitig auf den Weg gebracht werden müssen. Für die SPD-Stadtratsfraktion bleibe in dieser Frage ein schales Gefühl. Obwohl eine andere Lösung besser gewesen wäre, müsse man aus zeitlichen Gründen der Verwaltungsvorlage folgen. Die SPD-Stadtratsfraktion verbinde ihre Zustimmung ausdrücklich mit dem Hinweis, dass dies nicht auf der Grundlage einer fairen Zusammenarbeit beruhe. Man stimme mit geballter Faust der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Eichhorn war der Meinung, dass es fast müßig sei zu diskutieren. Die Würfel seien gefallen. Man habe die Hausaufgaben gemacht und müsse sich nun dem Zeitdruck unterwerfen. Der Rat habe zwischen beiden Vorschlägen abgewogen. Jetzt komme der Rückschlag von Seiten des Rechnungshofes. Was ihn störe, seien die Vorwürfe durch den Rechnungshof, diese seien unfair. Die Ratsmitglieder seien ehrenamtlich und müssten sich auf die Kompetenz der Fachleute verlassen. Es sei klar geworden, dass der Unterhalt bei beiden Brücken nahezu gleich sei. Daher sei die Entscheidung für die Holzbrücke leichter gefallen. Er befürchte, dass die Stahlbrücke letztlich eine nüchterne Eisenbahnbrücke werde und sonst nichts. Künftig sollte man am besten die Angebotsauswahl gleich dem Rechnungshof überlassen.

Ratsmitglied Ellinghaus betonte, dass die Brücke zweifellos notwendig sei. Dies würde die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht in Frage stellen. Allerdings sei die Brücke deutlich zu teuer. Solche Projekte seien für ein Drittel der Kosten zu haben. Beispiele seien ähnliche Brücken in Weil der Stadt und in Ahaus. Diese Brücken hätten 470.000 bzw. 535.000 Euro gekostet und nicht 1,7 Millionen wie bei uns. Der Rechnungshof habe also in gewisser Weise recht. Er schlage vor, die Sache komplett neu zu starten mit einem Planungswettbewerb und als oberstes Kriterium die Wirtschaftlichkeit anzusetzen. Alles andere wäre aus seiner Sicht suboptimal. Es könne nicht sein, dass man unter Zeitdruck Entscheidungen fälle. Die Bündnis 90/DieGrünen-Stadtratsfraktion gehe diesen Weg nicht mit und lehne die Vorlage ab.



Ratsmitglied Volkhardt sprach von einer neuen Erfahrung, dass der Rechnungshof nun Vorab-Prüfungen mache. Es stelle sich die Frage, wie dieses Verfahren mit der kommunalen Selbstverwaltung vereinbar sei. Der Rechnungshof spreche von formellen und materiellen Mängeln und zweifle an der Nachhaltigkeit. Eine Förderung solch einer unwirtschaftlichen Maßnahme sei demnach nicht zulässig. Was der Rechnungshof nicht berücksichtige sei der Zeitverzug. Klar sei, dass man eine Brücke brauche und zwar nicht nur für die Landesgartenschau. Die FWG habe sich schon 2011 durchaus eine Stahlbrücke vorstellen können, allerdings finde Holz mehr Anerkennung als Stahl. Eine Grundsatzdiskussion erübrige sich allerdings, denn die Fakten lägen auf dem Tisch. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Silbernagel erklärte, dass man aus Zeitgründen der Vorlage zustimmen müsse. Es sei aber im Handlungsverfahren schon eine neue Qualität in Sachen Prüfung. In Zukunft müssten wohl noch mehr Institutionen gefragt werden als bisher. Natürlich sei es nachvollziehbar, dass der Rechnungshof nach Nürburgring und Schlosshotel sehr genau hinschaue bei solchen Projekten. Allerdings sei die Handbremse zu spät gezogen worden. Leidtragende seien neben der Verwaltung auch die Kommunalpolitiker. Wie viel Entscheidungsfreiheit habe die Kommunalpolitik künftig? Es sei traurig, dass man so in der Tätigkeit eingeschränkt werde. Allerdings müsse man sagen, dass man zwar eine andere Brücke bekomme, die Funktionalität aber gegeben sei. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Marquardt war der Auffassung, dass die Notwendigkeit der Brücke nach der Landesgartenschau nicht mehr gegeben sei. Diese Auffassung habe der Rechnungshof ja jetzt bestätigt. Ein Shuttle-Bus-System wäre günstiger und könnte nach der Landesgartenschau wieder eingestellt werden. Auch Kommunen müssten mit dem vorhandenen Geld sparsam umgehen. Die UBFL-Stadtratsfraktion werde daher dieser Sitzungsvorlage nicht zustimmen.

Der Vorsitzende stellte klar, dass der Rechnungshof die Existenz der Brücke nicht in Frage gestellt habe. Auch die Investitionskosten seien nicht in Frage gestellt worden. Unsere Aufgabe sei es, eine erfolgreiche Gartenschau durchzuführen. Dies werde gelingen, davon sei er überzeugt. Natürlich habe auch er sich geärgert, aber er lege Wert auf eine gute Zusammenarbeit mit dem Rechnungshof. Es helfe letztlich nichts, alten Dingen nachzutruern.

Ratsmitglied Lerch sagte, dass nach allem was gesagt worden sei, das ganze wohl alternativlos sei. Aber man sollte daraus lernen und in Zukunft mit dem Rechnungshof in Dialog komme. In Bezug auf die Äußerungen von Herrn Ellinghaus würde er gerne wissen, ob die Brücke tatsächlich zum halben Preis zu haben sei.

Herr Eck entgegnete, dass man nicht nur das reine Bauwerk betrachten dürfe, sondern man müsse alles sehen, auch die begleitenden Maßnahmen. Nach der öffentlichen Ausschreibung werde man sehen, wie man preislich liege.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass dieser Vorgang zeige, dass Zeitdruck zu unnötigen Ausgaben führe. Sie finde es sehr eindrucksvoll, was Herr Ellinghaus recheriert habe. Es sollte auf jeden Mal noch mal überprüft werden.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron empfand es als nicht redlich, wenige Minuten vor der Abstimmung Zahlen und Argumente in den Raum zu werfen. Die Diskussion sei lange genug gelaufen, man hätte dies alles schon früher in die Diskussion einbringen können. Mit Blick auf den Kalender und den Zeitplan bis 2014 müsse heute entschieden werden.

Ratsmitglied Ellinghaus entgegnete, dass die Situation sicherlich nicht gut sei und man die Dinge schon hätte früher ansprechen können. Dies ändere aber nichts daran, dass seine Argumente nicht falsch seien. Er sehe den Zeitdruck nicht, denn was wäre schlimm wenn die Gartenschau erst 2015 wäre.



Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 33 Ja- und 7 Nein-Stimmen:

- 1. Der Beschluss vom 27.09.2011 zum Neubau der Radfahrer- und Fußgängerbrücke über die Gleisanlagen zwischen „Gewerbepark Am Messegelände“ und „Wohnpark Am Ebenberg“ gemäß dem überarbeiteten Brückenentwurf des Ingenieurbüros Obermeyer Planen und Beraten GmbH und dem Architekten „Fresh Ideas“ wird aufgehoben.**
- 2. Dem Neubau der Radfahrer- und Fußgängerbrücke über die Gleisanlagen zwischen „Gewerbepark Am Messegelände“ und „Wohnpark Am Ebenberg“ gemäß dem Brückenentwurf des Ingenieurbüros BORAPA Ingenieur GmbH und AV 1 Architekten (Anlage) wird vorbehaltlich der abschließenden Zustimmung zur Förderung durch das Land zugestimmt.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

### Verschiedenes

Der Vorsitzende lobte Ratsmitglied Casella für ein herausragendes Sammelergebnis zugunsten des Müttergenesungswerkes.

Er sprach ein Schreiben der CDU-Stadtratsfraktion zur Übersendung von Listen der Alters- und Ehejubilare an. Der Stadtvorstand habe die Verwaltung beauftragt, dies jetzt einheitlich zu regeln. Man werde die Fraktionen dann informieren.

Ratsmitglied Marquardt erkundigte sich, bis wann mit dem Baubeginn der Firma Eberspächer zu rechnen sei.

Herr Messemer teilte mit, dass beurkundet sei und die Planungsphase etwa 5 Monate dauere. Danach werde wohl Baubeginn sein.



Die Niederschrift über die 28. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 05.06.2012 umfasst 15 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 102.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer  
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch  
Bürgermeister

Markus Geib  
Schriftführer

Rudi Klemm  
Beigeordneter

Maria Helene Schlösser  
Beigeordnete